

Gemeinsam verschieden sein



4. Newsletter Integration Innosozial gGmbH | November 2018

„Integration braucht eine Willkommenskultur, die Geduld, sich einlassen und Unterstützung signalisiert, aber es ist keine lebenslange Serviceleistung. Mitmachen, sich einfinden und auch anpassen gehört als die andere Seite des Willkommens dazu.“

Inhalt

Heute sollen folgende Punkte zur Diskussion anregen:

- Mehr Teilhabe und Mitverantwortung muss erkennbar werden
15 Thesen für mehr Teilhabe und Mitverantwortung
- Ahlener Appell „Für eine mutige und bunte Zivilgesellschaft“
- Wanderausstellung zur Inklusion und Integration
- Bericht aus Migazin : „Flüchtlinge nicht Ursache für Rechtsruck, sondern Medien“
- Studie von Diana Schacht und anderen: „Flüchtlinge – Familiennachzug, wenn Integration gelingen soll“

1. Standpunkte

Mehr Teilhabe und Mitverantwortung muss erkennbar werden

Wenn alle Städte in den Industrie- und Kohleregionen im Jahr 2030 einen Migrantenanteil von fast 50 % oder mehr haben - z. B. auch Ahlen oder Hamm - dann muss das wichtigste Ziel sein, den vorhandenen Bevölkerungsmix in einen Personalmix in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen – oder wie sollen sonst die politischen, kulturellen und sozialen Potentiale einer Stadt erhalten werden?

Aber wie sieht die Praxis aus?

Es gibt Fortschritte bei Sprache, Bildung, Inanspruchnahme Sozialer- und Gesundheitsdienste und auf dem Arbeitsmarkt. Aber gemessen am Bevölkerungsanteil

(z. B. 37 % mit Migrationshintergrund in Ahlen) gibt es nur eine sehr geringe Teilhabe, oft sogar nur eine marginale in allen gesellschaftlichen Organisationen und Engagementfeldern. So etwa bei Verwaltungen, Parteien, sozialen und kulturellen Vereinen, im Freizeitengagement, in Rettungsvereinen, sogar im Sport (außer im Fußball und im Kampfsport).

Und Hand auf's Herz: In vielen anderen Städten mit geringeren Migrantenanteilen in der Region sieht es nicht besser aus mit der wirklichen Teilhabe.

Trotz vieler Initiativen und Netzwerke haben viele Menschen mit Migrationshintergrund viel zu wenig Informationen über Strukturen und das gesellschaftliche Leben. Ohne dieses Wissen und ohne Einbindung in vorhandene Netzwerke sind Chancen nur schwer zu nutzen.

Viele Flüchtlinge sind neugierig und bereit zur Veränderung, denn sie haben Nachteile und die Folgen mangelnder Demokratie, der Verquickung von Religion und Staat und dem patriarchalischen Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen erlebt. Die Begleitung zur Vermittlung der neuen Werte und Normen und die Angebote zum Mitmachen müssen allerdings intensiv und langfristig sein.

Selbstverpflichtung, Quoten und Kontrolle

Um voranzukommen, sollten Akteure in allen gesellschaftlichen Organisationen die Teilhabe bzw. die „Quote“ überprüfen - im Verein, im Vorstand, im Betrieb, der Verwaltung und der Politik.

Denn nicht der erfolgreiche Einzelne oder das gute Projekt, dessen Ergebnisse oft überhöht, sogar manchmal glorifiziert werden, bringt die Integration voran. Sondern es muss strukturelle Verbesserungen für die Vielen geben.

Die Hauptfragen der Zukunft sind:

- Wie gelingen Teilhabe und Verantwortungsübernahme durch Mitmachen wollen und Mitmachen lassen
- Was hindert und wer behindert das, oder wer behindert sich sogar selbst?
- Wie werden Ziele und Maßnahmen so konkret, dass Fortschritte gemessen werden können?

15 Thesen für mehr Teilhabe und Mitverantwortung

Sie benennen Fehlentwicklungen und Veränderungsmöglichkeiten

1. Die Mehrheitsgesellschaft muss die gesellschaftlichen Veränderungen durch die anderen Traditionen und Werte, vor allem der muslimischen Zuwanderer, anerkennen. Kritik und Streit zu Kultur und religiösen Dogmen - wie bei der kath. Kirche - ist allerdings noch keine Islamfeindlichkeit. Die Verteufelung des Islam innerhalb der Mehrheitsgesellschaft als gewaltorientiert und frauenfeindlich muss genauso wie die Abwertung der westlichen Lebensweise durch Muslime als zu freizügig oder gar verwerflich, offen und ehrlich diskutiert werden.

2. Zuwanderergruppen müssen die anders geprägte Gesellschaft akzeptieren ohne ihr kulturelles Erbe ganz aufzugeben, aber zentrale Werte in der Aufnahmegesellschaft übernehmen und mehr Interesse und Engagement für ihre neue Lebenswelt zeigen, statt sich zu viel rückwärts ins Herkunftsland zu orientieren.

3. Berufliche Integration gelingt nur durch besondere Förderung und Nachteilsausgleiche – ggf. mit Quoten. Mehr Muslime im öffentlichen Dienst wären zum Beispiel ein Signal der Ermutigung, dass Muslime im Auftrag des Staates handeln dürfen.

4. Zur Werbung, Engagementförderung und Mitbestimmung in Vereinen und Parteien könnte eine Selbstverpflichtung – wie bei der Frauenquote - das Bewusstsein schärfen. Denn der Mangel und der Handlungsbedarf werden dann deutlicher.

5. Vereine und auch Selbsthilfegruppen sind nicht nur Hilfe oder Freizeitangebote, sondern dienen der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und führen zu mehr persönlicher und gesellschaftlicher Kompetenz und zum Entstehen von Netzwerken, also **mehr „Wettbewerbschancen“ im ganzen Leben.**

6. Zuwanderergruppen müssen mehr deutschsprachige und lokale Medien nutzen, um informiert zu sein und mitreden zu können. In deutschen Medien muss mehr (und ohne defizitären Blick) über andere Kulturen z. B. muslimisches Leben und Leben der Migranten berichtet werden.

7. Chancengleichheit und überzogene Erwartungen realistisch angehen, heißt unterschiedliche Bedingungen, die über Zugehörigkeit zu Klassen, Schichten, Familie oder gewachsene Netzwerke entstanden sind, zu erkennen. Diese Unterschiede werden für die „Neuen“ nur langsam und durch gezielte Förderung von Schlüsselqualifikationen und Netzwerkkompetenzen und eigenes Engagement und Durchhaltevermögen verkleinert werden können.

8. Parallelgesellschaften, wo Angehörige einer Kultur überwiegend unter sich bleiben, sind hinderlich. Sie bieten zwar subjektiv Sicherheit und Wohlbefinden, aber sie fördern auch mangelnde Teilhabe und führen dazu, neue Herausforderungen und neue Erfahrungen zu vermeiden - Netzwerke fehlen.

9. Teilhabe und Identifikation mit Stadt und Land ist die Aufgabe von mehrheitsgesellschaftlichen und migrantischen / muslimischen Organisationen durch Beteiligung an Diskussionen und das Mitmachen in Vereinen und Initiativen zur Stadtentwicklung.

10. Migranten(gruppen) als Anbieter in Bildung und Kultur, bei Festen und in sozialen Bereichen müssen mehr gefördert werden.

11. Die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen in allen Fragen der persönlichen Lebensführung (Beruf, Partnerschaft, Freizeit) muss gestärkt und ein überholtes Verständnis von Ehre muss verändert werden. Kinder müssen zur Selbständigkeit erzogen werden.

12. Erst gemeinsam und freiwillig verbrachte Freizeit und Engagement bauen Vorurteile und Vorbehalte ab, weil man die Person privat kennenlernt. Nur freiwillige Begegnung durch interkulturelle Öffnung von Festen und Angeboten statt getrennte Freizeit nach Religion und Ethnie in Männercafés, Spiel- und Wettcentern oder Geschlechter getrennter Freizeit bringt mehr Miteinander.

13. Kultur- und Freizeitangebote interkulturell ausrichten bedeutet Angebote für die jeweils anderen Kulturgruppen (Sprache, Essen, Trinken und Musik der „anderen“) bereitstellen. Das **gilt für muslimische und nichtmuslimische Vereine** (Zugewanderte müssen Angebote erhalten, die Werte und Kultur kennenzulernen, um mitzumachen)

14. Die (gewünschte) Brückenfunktion von Moscheevereinen erfordert mehr Öffnung für nichtreligiöse Themen und Orientierung auf Vereine und gesellschaftliches Engagement. Sie müssen auf die Brücke gehen, statt Mitglieder am eigenen Ufer in der Herkunftskultur festzuhalten.

15. Wirklich interkulturelle Schulen und Bildungseinrichtungen fördern den Abbau von Diskriminierung, gleiche Rechte und orientieren auf Mitmachen außerhalb der Schulen in Vereinen und Initiativen. Die Behandlung der unterschiedlichen Geschichte sowohl von Deutschland wie auch die wichtiger Herkunftsländer - in ihren positiven und negativen Seiten - führt zu Wertschätzung, Verständnis und Reflexion unter den Schülergruppen. Islamophobie, Antisemitismus und Westenfeindlichkeit gehören in jeden Unterricht.

Dietmar Zöller

2. Wer macht was? Vorstellung von Projekten



Ahlener Appell „Für eine mutige und bunte Zivilgesellschaft“ Aufklären und Forderungen stellen

Auf Initiative von Innosozial hat sich seit der letzten Anti-AfD Demo im Frühjahr ein Bündnis verschiedener Organisation mehrmals getroffen. Unter dem Titel „Ahlener Appell“ konnten wir uns auf grundsätzliche Forderungen wie Integration und Teilhabe für alle, gegen soziale Ausgrenzung, Hass und Hetze und für die Einhaltung der Menschenrechte einigen.

Als Bürgerantrag soll das dem Rat zur Diskussion vorgelegt und als Unterschriftenliste verbreitet werden.

Konkreter werden

Um Wirkung zu erzielen, müssen allerdings die Ursachen für den Rechtsruck und wie man der AfD den Schneid abkaufen kann, benannt werden.

Dazu gehört es, Verschwörungstheorien über Flüchtlinge und islamische Unterwanderung oder Elitendiktatur und Systemmedien aufzuklären. Konkrete Ziele müssen benannt werden, aus denen eine Politikveränderung folgt.

Wir dürfen die Angst vor Heimat und Kulturverlust nicht den Rechten überlassen, sondern Heimat positiv besetzen und kulturelle Vielfalt auf der Basis der Errungenschaften der sozialen Emanzipationsbewegungen fördern.

Die Gründe und der Nährboden für den Rechtspopulismus sind die Ängste und Abwertungserfahrungen vieler Menschen, die in prekären Verhältnissen oder Armut leben, oder als Modernisierungsverlierer durch die Folgen von Digitalisierung und Globalisierung um ihre Zukunft fürchten. Denn erst diese Faktoren und die schlechte Rentenperspektive und schlechte Pflegebedingungen lassen sie Flüchtlinge als Konkurrenz um Wohnen, Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung wahrnehmen. Vor allem soziale Sicherheit und eine umfassende Sozialpolitik für die Interessen der Mehrheit hilft Neid und Enttäuschung über die vermeintliche Konzentration der Politik auf Minderheitenthemen verändern und hilft so auch gegen rechts.

Wanderausstellung zur Inklusion und Integration

Aus den Forderungen der 40 teilnehmenden Organisationen an der Veranstaltung „Ahlen zeigt Flagge“ ist eine Wanderausstellung entstanden, die zusammen mit einem Kurzfilm über „Ahlen zeigt Flagge“ und über Befragungen der Besucherinnen längerfristig wirken kann.

In der türkischsprachigen „Ahlen Aktuell“ findet sich im November eine ganzseitige Präsentation, ebenso in der Ortszeit Ahlen/Beckum und im Ahlener Stadtfenster. Alle

mitmachenden Organisationen und andere Einrichtungen wie Familienzentren und Schulen, erhalten auf Wunsch ein DIN A1/DIN A2 Plakat. Jeder kann die Ausstellung anfordern. Der Start ist im November.

3. Fachdebatte – Was sagen, schreiben und machen andere?

„Flüchtlinge nicht Ursache für Rechtsruck, sondern Medien, so ist ein [Bericht in Migazin](#) übertitelt, der o. g. Forderungen für den Ahlener Appell und überhaupt Bündnisse gegen rechts untermauert. Nicht Ursache, sondern Auslöser sei die Flüchtlingskrise, ergibt eine neue Studie. Allerdings würden durch das Flüchtlingsthema latente Konfliktlagen um Kultur und unterschiedliche Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Fremdheit offengelegt. Rechtspopulisten profitieren von der in den Medien überhöhten Bedeutung der Migration und deren gezielter Politisierung statt Themen wie Armut, Rente und Pflege zu diskutieren. Generell sei die Einstellung nicht negativer geworden, aber die Politik muss statt vermeintlicher Probleme die Deutungshoheit über die realen Ängste und vor allem deren Lösung zurückgewinnen.“

Das müssen unseres Erachtens alle an Integration interessierten Initiativen konkret fordern und durch Aktionen unterstützen.

Flüchtlinge – Familiennachzug, wenn Integration gelingen soll

muss eine längere Trennung von Familien verhindert werden, ist das Fazit einer [Studie von Diana Schacht und anderen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung in Berlin](#).

Danach sinkt die Lebenszufriedenheit derer deutlich, die eine/n Ehepartner*in zurückgelassen haben. Dasselbe passiert, wenn Eltern oder Kinder zurückbleiben mussten. Für die Integrationschancen und auch im Sinne der aktuell immer diskutierten Gewaltprävention wäre der Familiennachzug eine der besten Maßnahmen. Die dauerhaften Konsequenzen von langjähriger Familientrennung seien noch gar nicht abschätzbar, warnen die Forscher*innen.

Der nächste Newsletter erscheint voraussichtlich im Dezember 2018.

Abmeldung

Sie möchten den „Newsletter Integration“ von der Innosozial gGmbH nicht mehr erhalten? Dann senden Sie bitte eine E-Mail an diese Adresse info@innosozial.de

Impressum

Innosozial gGmbH
Zeppelinstr. 63 | 59229 Ahlen
Telefon: 02382 7099-0 | Fax: 02382 7099-29
E-Mail: info@innosozial.de

Geschäftsführer Dietmar Zöller
Sitz Ahlen | Amtsgericht Münster HRB 8160
Verantwortlich für den Inhalt (gemäß § 55 Abs. 2 RStV): Dietmar Zöller
Redaktion: Dietmar Zöller
Logo-/Fotonachweis: Innosozial gGmbH / Fotolia: Photographee.eu
(Foto-ID:#87764015)

Haftungsnachweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

<http://www.innosozial.de>



Innosozial
Hilfen aus einer Hand